Helaba

Im Fokus: Länder
24. Juni 2026

Großbritannien: Zehn Jahre Brexit-Votum

Zehn Jahre nach dem Brexit Votum zeigt sich, dass die schlimmsten Prognosen nicht eingetreten sind. Dennoch litt die britische Wirtschaft unter den erschwerten Handels- und Reisebedingungen mit der Eurozone.



Samuel Will
Devisenstratege
T 069/91 32-74 88

Am 23. Juni 2016 entschied das britische Volk in einem knappen Votum und entgegen allen Wahlprognosen, die EU zu verlassen. Zehn Jahre nach dem Votum und mehr als fünf Jahre nach dessen Vollzug lässt sich eine gemischte Bilanz ziehen. Die ökonomischen Konsequenzen sind zu spüren, auch wenn sie schwächer ausfielen als im Vorfeld befürchtet wurde.

Die **Befürworter des Brexits** bauten ihre Kampagne zum einen auf **Argumente** der nationalen Souveränität. In den Augen vieler Briten reguliert die EU zu viel und mischt sich in Bereiche der Politik und des Lebens ein, in denen sie nichts zu suchen hat.[1] Ein zweites wichtiges Argument war Migration. Dabei ging es weniger um die Fluchtmigration, die in Großbritannien in der Flüchtlingswelle ab 2015 weniger ausgeprägt war als im Festlandeuropa. Es ging vor allem um die Arbeitsmigration aus der EU.

Die **Gegner des Brexits**, bzw. die Befürworter für einen Verbleib, stützten ihre **Argumente** eher auf ökonomische Effekte. Die EU ist der größte Handelspartner Großbritanniens und die Freihandelszone erleichtert den Warenverkehr und andere Geschäftsbeziehungen. Bei einem Austritt aus der EU drohten Zölle und kompliziertere Bestimmungen im Handel mit den EU-Ländern. Außerdem hielten viele Brexit-Gegner den Finanzstandort London für gefährdet, wenn man nicht mehr Teil der Union ist. Die Sorge war, dass Banken ein Teil ihres Geschäfts in die EU verlagern, um den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erhalten. Insbesondere Frankfurt galt als Konkurrent.

Der **langwierige Prozess** des Brexits (siehe Schaubild) wurde de jure am 31.1.2020 umgesetzt und endete vorläufig am 1.1.2021, als die Übergangsphase endete und der Brexit mit all seinen Auswirkungen in Kraft trat.

Langwieriger Austrittsprozess aus der EU



Quelle: Helaba Research

[1] Zum Beispiel Toaster: Das Europäische Parlament beriet zeitweise über eine strengere Regulierung der Geräte – daraus wurde das Narrativ gesponnen, dass den Briten der Toaster weggenommen würde.

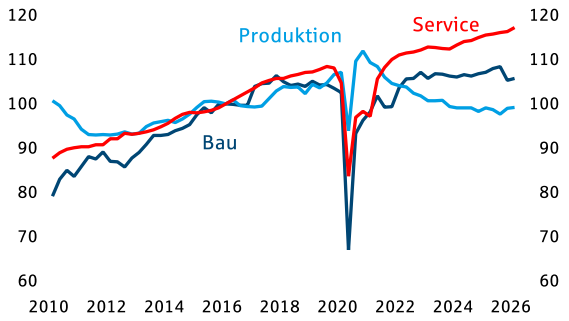
Zu diesem Termin wurden Zollformalitäten eingeführt und Finanzdienstleister verloren den „Europäischen Pass“, der ihnen Zugang zum europäischen Markt gewährte. Im Nachhinein wurde noch über die Grenze zwischen Nordirland und Irland verhandelt.

Seit dem Brexit wächst die britische Wirtschaft langsamer

Die meisten Prognosen von Ökonomen zur Zeit vor dem Brexit erwiesen sich als zu pessimistisch: Weder Massenarbeitslosigkeit noch eine Rezession traten ein – wenn man von den Lockdown Effekten während der Pandemie absieht. Dennoch hatte der Austritt aus dem Freihandelsabkommen unterm Strich negative ökonomische Effekte. Er hat die **britische Volkswirtschaft strukturell geschwächt**. Handelsbarrieren und ein erschwerter Arbeitsmarktzugang hatten eine geringere Produktivität und negative Wachstumseffekte zur Folge. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Produktivität wären heute wohl 3-4 % höher, hätte es den Brexit nie gegeben.

Lediglich der Service-Sektor wächst

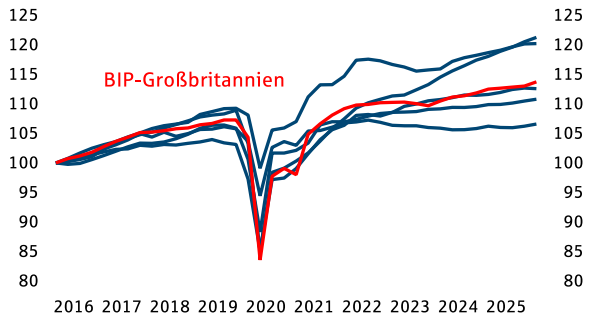
Index, Q1 2026 = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Research

Wirtschaftswachstum blieb durchschnittlich*

Index, 01.01.2016 = 100

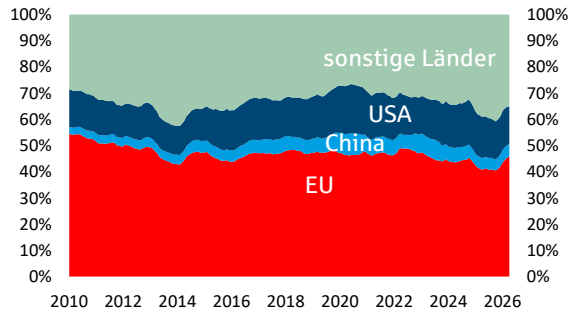


* nach Wachstum geordnet: Spanien, Niederlande, Frankreich, Italien, Deutschland
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Das **BIP-Wachstum** blieb im europäischen Vergleich zwar **durchschnittlich** (siehe Schaubild). Immerhin 14 % konnte das britische BIP vom dem ersten Quartal 2016 bis zum ersten Quartal 2026 real wachsen. Das war fast ausschließlich dem **Service-Sektor** zu verdanken. Mit 80 % der Wirtschaftsleistung macht er mit Abstand den größten Anteil im Vereinigten Königreich aus (EU: rund 70 %). Zwar ist auch dieser vom Brexit – zum Beispiel durch den schwierigeren Marktzugang für Finanzdienstleistungen – betroffen, deutlich stärker leidet jedoch der **produzierende Sektor**. Da der auf Warentausch angewiesen ist und somit deutlich stärker von dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt beeinträchtigt wird, entwickelt er sich schwächer. Der Anteil der EU als Handelspartner nahm daher im Zeitverlauf auch ab, hauptsächlich zu Gunsten asiatischer Länder.

Anteil der Exporte in die EU rückläufig

% der Gesamtexporte Großbritanniens



Quellen: Macrobond, Helaba Research

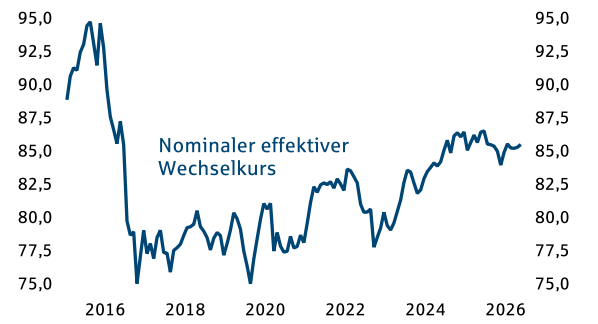
Die insgesamt stabile wirtschaftliche Entwicklung ist daher auf den weniger stark betroffenen Dienstleistungssektor zurückzuführen. Da sich dieser Trend auch in anderen europäischen Volkswirtschaften zeigt, wäre die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens vermutlich schwächer ausgefallen, wenn die Industrie eine größere Rolle spielen würde.

Auch das **Britische Pfund** wurde durch den Brexit in Mitleidenschaft gezogen. Es wertete infolge des Votums stark und abrupt ab. Einerseits wirkte sich die höhere Unsicherheit auf das Pfund aus, andererseits belasteten realwirtschaftliche Effekte, die vorweggenommen wurden. Der Devisenmarkt bestrafte damit Investitionsrückgänge, eine relativ schwächere wirtschaftliche Entwicklung sowie die sich verschlechternde Leistungsbilanz. Davon konnte sich die britische Währung auch in den folgenden Jahren nicht richtig erholen. Steigende Zinsdifferenzen von Großbritannien gegenüber dem Euroraum

erklären die leichte Aufholbewegung, die seit 2020 stattfand. Die Abwertung des Pfunds macht sich auch in der Inflation bemerkbar, die seitdem strukturell höher liegt.

Die **ausländischen Direktinvestitionen** in Großbritannien haben sich seit dem Brexit-Votum deutlich schwächer entwickelt als vor 2016. Insbesondere die Unsicherheit während der Austrittsverhandlungen sowie der Verlust des uneingeschränkten Zugangs zum EU-Binnenmarkt führten dazu, dass internationale Unternehmen Investitionsentscheidungen verschoben oder alternative Standorte innerhalb der EU bevorzugten.

Das Pfund hat sich immer noch nicht erholt



Quellen: Macrobond, Helaba Research

Auslandsinvestitionen sind stark rückläufig

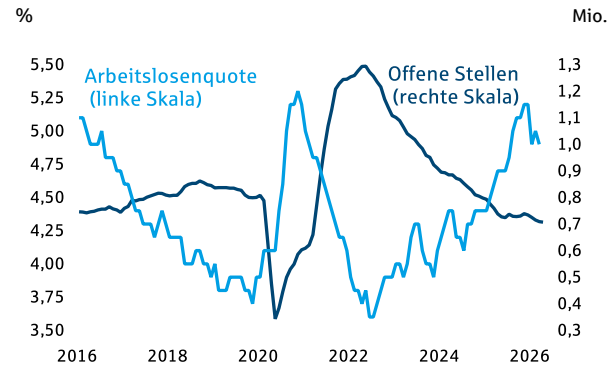


Quellen: Macrobond, Helaba Research

Verwerfungen am Arbeitsmarkt

Der Wegfall der EU-Freizügigkeit führte dazu, dass die Zahl der EU-Immigranten in Großbritannien stark zurückging. Der Effekt setzte direkt mit dem Referendum ein und verstärkte sich soweit, dass die Netto-**Immigration** von EU-Bürgern sogar negativ wurde. Was ein durchaus gewünschter Effekt der Brexit-Befürworter war, führte allerdings in Verbindung mit den wirtschaftlichen Verwerfungen der Covid-19 Pandemie dazu, dass es nicht genügend Arbeitskräfte gab. Die Zahl der **offenen Stellen** stieg stark. Dies war zwar auch in anderen Staaten zu beobachten, allerdings war das Ausmaß des Fachkräftemangels in Großbritannien besonders ausgeprägt.

Brexit zog Arbeitskräftemangel nach sich



Quellen: Macrobond, Helaba Research

Um den Wegfall von Arbeitskräften zu kompensieren, lockerte man in Großbritannien die Visabedingungen für Studenten und Arbeiter. Dies führte zu stark steigenden Migrationszahlen, insbesondere aus ehemaligen Commonwealth Ländern wie Indien. Und auch dazu gab es eine Gegenreaktion: die Regeln wurden 2023 erneut verschärft und die Migrationszahlen gingen wieder zurück (vgl. Chart S. 4).

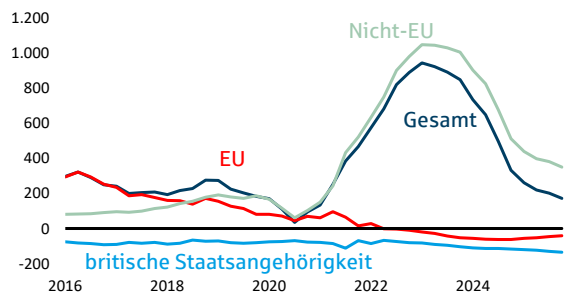
Insgesamt hat der **Finanzplatz London** unseren Berechnungen zufolge allein an Frankfurt etwa 3.500 Bankbeschäftigte verloren.[2] Dazu kommen noch zahlreiche Arbeitsplätze, die an andere Finanzplätze wie Paris oder Dublin verlegt wurden sowie von der Finanzbranche abhängige Arbeitsplätze, etwa Gastronomen und unternehmensnahe Dienstleistungen wie Beratungen. Dass vermehrt Banker abgewandert sind, zeigt sich auch in der Einkommensentwicklung in Großbritannien. Gutverdiener konnten hier in den letzten Jahren deutlich geringere Gehaltssprünge verzeichnen als Geringverdiener.

[2] Mehr dazu in unserem Beitrag „Finanzplatz Frankfurt als Brexit-Profiteur“ im Wochenausblick vom 19.06.2026

Immerhin ist die Gesetzgebung wieder in London

Mehr Einwanderer als vor dem Brexit

Tausend



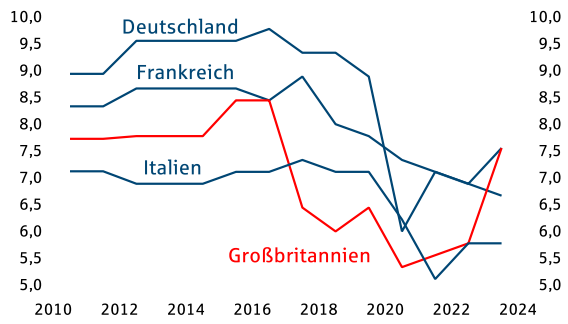
Quellen: Macrobond, Helaba Research

Ein wichtiges Ziel haben die Brexit-Befürworter erzielt. Sie haben die **Gesetzgebung wieder in den Westminster Palast** geholt. Das wird zwar von vielen britischen Politikern als Erfolg gesehen, kann aber kein Argument an sich sein. Wichtiger ist, was mit der nationalen Gesetzgebung erreicht werden kann und ob das britischen Bürgern, oder konkreter der dortigen Wirtschaft und Sicherheit nutzt.

Durch die nationale Gesetzgebung und dem Wegfall von EU-Richtlinien erhoffte man sich weniger **Bürokratie**. Tatsächlich hat der EU-Austritt die Bürokratie in Großbritannien aber wohl nicht reduziert, wie der Bürokratiekostenindex vom Fraser Institute zeigt (siehe Schaubild). Im Gegenteil: Seit dem Austritt 2020 stieg die Bürokratiebelastung **in Großbritannien überdurchschnittlich**. Dazu dürfte vor allem die zusätzliche Regulierung des Handels mit der EU beigetragen haben.

Bürokratiekosten seit dem Austritt gestiegen

Fraser Institute Bürokratiekosten (Skala 0-10)



Quellen: Fraser Institute, Helaba Research

Die **politische Lage** hat sich seit dem Referendum ebenfalls nicht verbessert. Mit Starmer tritt in diesem Jahr schon der siebte Premierminister innerhalb von zehn Jahren zurück – trotz der starken Labour-Mehrheit im Parlament. Die Rechtskonservative Reform UK führt in den Stimmungsumfragen und wichtige politische Reformen wie die des nationalen Gesundheitssystems stehen seit Jahren aus. Es hat der Politik also wenig geholfen, die „Macht“ zurück auf die Insel zu holen.

Und was kommt jetzt?

Zehn Jahre nach dem Brexit-Votum fällt die wirtschaftliche Bilanz Großbritanniens nüchtern aus: Der befürchtete kurzfristige Einbruch blieb zwar aus, doch die **langfristigen strukturellen Kosten** sind sichtbar. Insbesondere eine geringere Handelsintensität, schwächere Investitionen und ein eingeschränkter Arbeitsmarkt belasten das Wachstumspotenzial. Zumindest zeigt sich die britische Wirtschaft dank ihres starken Dienstleistungssektors widerstandsfähig.

Für die kommenden Jahre dürfte entscheidend sein, inwieweit es gelingt, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen – etwa zur Stärkung der Produktivität und zur Förderung von Investitionen – die Brexit-bedingten Nachteile zu kompensieren. Eine **Rückkehr in den EU-Binnenmarkt** erscheint politisch **unwahrscheinlich**, sodass Großbritannien seinen eigenständigen Wachstumspfad weiterentwickeln muss. Der kommende Premierminister kann die Ärmel schon mal hochkrempeln.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin /
Head of Research

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: **http://www.helaba.de**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.